

Ressort: Politik

Kretschmann und Günther bekräftigen Nein zur Grundgesetzänderung

Berlin, 14.12.2018, 01:00 Uhr

GDN - Unmittelbar vor der Bundesratsentscheidung zum Digitalpakt haben die Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, Winfried Kretschmann (Grüne) und Daniel Günther (CDU), ihr Nein zu einer Grundgesetzänderung bekräftigt. "Es geht einfach nicht, aus tagespolitischen Erwägungen ständig die Verfassung im Vorbeigehen wie eine Verwaltungsvorschrift zu ändern", sagte Kretschmann den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Freitagsausgaben).

Das dringend benötigte Geld für die Digitalisierung im Bildungsbereich könne auch fließen, wenn die gemeinsamen Steuern von Bund und Ländern anders verteilt würden. "Wenn Bund und Länder sich auf der Grundlage zusammensetzen, werden wir das schnell geregelt kriegen und zwar ohne dass die gute Ordnung der Dinge durcheinandergebracht wird." Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) räumte ein, dass Länder in der Vergangenheit auch Bundesmittel zweckentfremdet hätten. "Hier müssen wir als Länder mit offenen Karten spielen im Sinne eines Fair-Play-Föderalismus", sagte er. "Doch darüber müssen wir dann losgelöst vom Digitalpakt reden."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-116934/kretschmann-und-guenther-bekraeftigen-nein-zur-grundgesetzaenderung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com